

URL: http://frankfurterrundschau.de/top_news/?em_cnt=1101713

Integration

Muslime müssen "deutscher" sein als viele Deutsche

In Deutschland hapert es an der Integration des Islam, hat eine internationale Forschergruppe festgestellt. Das Beispiel zeige aber, dass ein hoher Anteil von Muslimen nicht zu Gewalt führen müsse.

VON URSULA RÜSSMANN



Kulturmix im Klassenraum (ddp)

Die renommierte Denkfabrik International Crisis Group (ICG) meldet sich normalerweise zu Kriegszonen wie Afghanistan und Irak zu Wort. Zur Abwechslung hat sich die unabhängige Analyse-Werkstatt jetzt Deutschland vorgenommen und die Lage der Muslime untersucht. In ihrem Bericht registrieren die Autoren Fortschritte bei Integration und Dialog, aber weiter schwere Probleme: Defizite beim Einbürgerungs- und Wahlrecht, "übereifrige Gesinnungskontrolle", Ungleichbehandlung muslimischer Verbände sowie Bildungsnachteile für Muslime.

Knapp 3,5 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund leben in Deutschland, drei Viertel davon sind türkischer Abstammung. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 habe Deutschland die Realität dauerhafter Einwanderung zwar prinzipiell akzeptiert, lobt die ICG. In der Praxis aber komme die neue Offenheit zu zaudernd daher: "Die ganze Last der Anpassung müssen die Immigranten tragen."

Als Ausdruck anhaltenden Misstrauens bewerten die Autoren das Muster, nach dem Einbürgerungstests und Integrationskurse gestrickt sind: Erst müssen Muslime ihr "Deutschsein" beweisen, bevor sie den deutschen Pass bekommen können. Entsprechend hapert es auch an der politischen Teilhabe. Der Anteil von Muslimen in Parteien ist weiter zu gering, und nur knapp 700 Muslime sind Soldaten in der Bundeswehr.

Sehr schlecht kommen die von einigen Ländern praktizierten Einbürgerungstests weg. In ihnen sollen Anwärter auf den deutschen Pass neben Deutschkenntnissen und Demokratiewillen auch - sofern sie Muslime sind - politische korrekte Ansichten zum Geschlechterverhältnis und zur Homosexualität nachweisen. "Von Muslimen wird mehr Vertrautheit mit deutschen Gepflogenheiten verlangt als sie bei vielen Deutschen vorhanden ist", rügt die ICG. Gesinnungsfragen, die sich nur an Muslime richteten, verschärfen Vorurteile gegen diese Gruppe.

Stigmatisierend wirkt dem Bericht zufolge die massive Überwachung bestimmter islamistischer Gruppen durch den Verfassungsschutz. Dazu gehört Milli Görüs (IGMG), die 26000 Mitglieder hat und 500 Moscheen betreibt. Als gewaltbereite Islamisten gelten laut Verfassungsschutz zwar deutschlandweit nur 2000 Muslime, trotzdem kann schon die bloße Zugehörigkeit zu Milli Görüs einem Moslem den Weg zum deutschen Pass versperren. Die Maßstäbe, die der Verfassungsschutz gegen Links- und Rechtsextremisten anwende, taugten nicht bei Islamisten, so die ICG. Milli Görüs werde isoliert, statt sie per Dialog einzubinden.

Umgekehrt empfehlen die Forscher der Bundesregierung, jetzt Schluss zu machen mit der lange praktizierten Bevorzugung des türkeinahen Moscheenverbandes Ditib. Türkische Kurden, Aleviten und arabischstämmige Muslime seien neben Ditib lange kaum wahrgenommen worden. Ditib ist eng an die oberste staatliche Religionsbehörde in der Türkei angelehnt; Ankara versucht über den Verband, die türkische Diaspora zu kontrollieren. Die ICG legt der Organisation deshalb nahe, von Ankara unabhängiger zu werden und hohe Posten vermehrt an hier geborene Mitglieder zu vergeben.

Ein klares Lob spenden die Politik-Analysten der von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) 2006 ins Leben gerufenen Deutsche Islamkonferenz. Mit ihr hat Schäuble einen festen Dialogprozess geschaffen, bei dem neben

Ditib auch vier andere muslimische Dachverbände am Tisch sitzen. Verhandelt werden sollen Verfassungsfragen, Religionsunterricht und anderes. Die ICG regt an, die Länder sollten ähnliche Foren schaffen und Milli Görüs einbeziehen.

Ein ganzes Paket von Empfehlungen widmet die Denkfabrik schließlich der Bildung. Um Sprach- und Lerndefizite von Muslimen und Zuwanderern allgemein frühzeitig anzugehen, empfiehlt die Gruppe für Migrantenkinder zwei Jahre Pflicht-Kindergarten sowie Ergänzungsklassen in Grundschulen. Schulbezirke sollten neu geordnet werden, wenn mehr als drei Viertel der Schulkinder aus Migrantenfamilien kommen.

[document info]

Copyright © FR online 2007

Dokument erstellt am 23.03.2007 um 17:40:02 Uhr

Letzte Änderung am 23.03.2007 um 21:58:33 Uhr

Erscheinungsdatum 24.03.2007